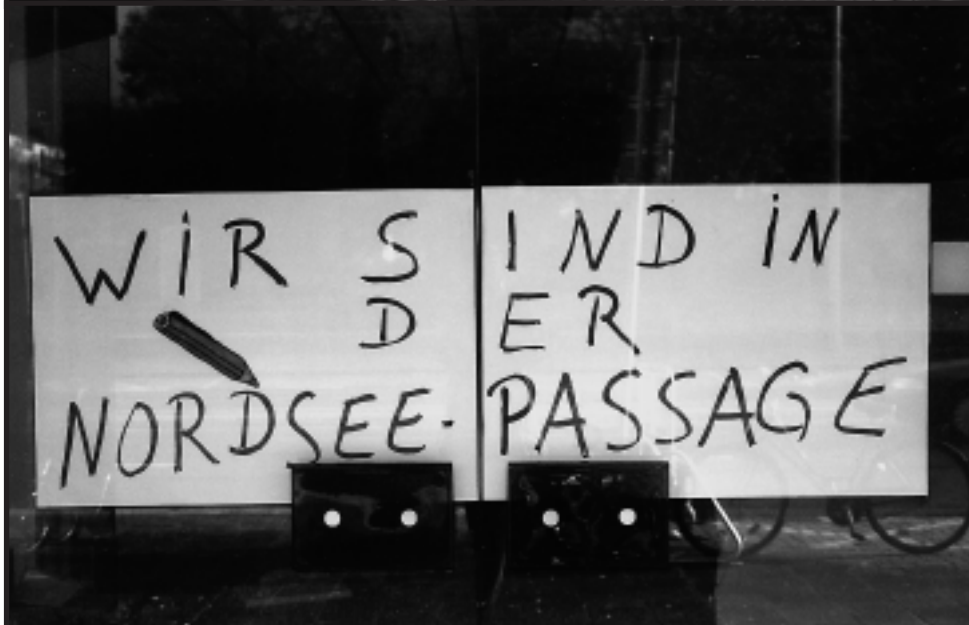


Im Sog der Nordsee-Passage

Die Geschäfte schließen gleich reihenweise. Droht der Gökerstraße das Schicksal der Markstraße West oder gibt es noch Chancen für den Bereich Göker-/Bismarckstraße? -Seite 3-



Krieg und Frieden

Der Gegenwind ist bekannt dafür, dass er den Gegnern des JadeWeser-Ports viel Raum bietet. In dieser Ausgabe kommt ein Befürworter zu Wort. Auf Seite 4 finden Sie unser Gespräch mit Hartmut Tammen-Henke von der IG Metall.

Vermittelt das Arbeitsamt interessierten Firmen Arbeitskräfte zum Nulltarif? Auf Seite 6 beleuchten wir diese Frage.

Ebenfalls auf Seite 6 berichten wir über eine Klage gegen unsere neu gewählte zweite Bürgermeisterin.

Die SPD und ihre Frauen! Kaum meldet eine Genossin Anspruch auf ein Mandat an, schießen die Genossen quer. Ein Rückblick auf Seite 7.

Wilhelmshaven demonstriert gegen den Krieg - knapp hundert Leute folgten dem Aufruf der Initiative gegen Kriege. Seite 8.

Das Mütterzentrum besteht seit einem Jahr. Grund genug, auf Seite 9 darüber zu berichten.

Wussten Sie, dass es in Wilhelmshaven eine Moschee gibt? Im Dezember gibt es dort einen Tag der offenen Tür. Wann genau, das steht auf Seite 9.

In dieser Ausgabe kommen natürlich nicht nur JadeWeserPort-Befürworter zu Wort. Auf Seite 10 heißt es "Kalauer aus Absurdistan".

Ein Grund zum Feiern: Sykes hat endlich einen Betriebsrat. Auf Seite 11 feiern wir mit.

Ist der Affe ein typisches Nordseetier? Um diese und andere Fragen geht es in dem Bericht auf Seite 12 über die Bullerneck-Planungen am Südstrand.

Nachrichten

Das Haushaltsjahr geht zu Ende,

und die Kassen der städtischen Ämter sind leer. Da ist Sparen angesagt. Die Pflichtaufgaben einer Kommune müssen aber ja erfüllt werden. Die "Lösung" heißt: Verzögern. Sozialhilfeempfänger, die eine Sonderausgabe tätigen müssen und Anspruch auf eine einmalige Hilfe haben, müssen im Moment viel Geduld haben. Uns ist ein Fall bekannt, in dem das Sozialamt die Bewilligung der Kosten für eine Waschmaschine fast drei Wochen zurückhielt. Da hat sich ein ordentlicher Berg Schmutzwäsche angesammelt! (noa)

Ratssplitter

●●●Mehr Bürgerfreundlichkeit des Rates forderte die FDP-Fraktion und sprach sich damit gegen eine Vorverlegung der öffentlichen Ratssitzung von 17.00 auf 16.00 Uhr aus, wie es die neue Geschäftsordnung des Rates vorsieht. Außerdem sollte es eine Bürgerfragestunde auch in den Ausschüssen geben, und die Ratsprotokolle sollten in öffentlichen Gebäuden für jedermann zugänglich ausgelegt werden. Gerade im Hinblick auf die schlechte Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl sollte dem Bürger der Zugang zur Ratspolitik erleichtert werden. Das Antragspaket für den FDP wurde mit den Stimmen von CDU und SPD/GRÜNE abgelehnt. Die neue Geschäftsordnung wurde mit gleichem Stimmenanteil verabschiedet. Dies bedeutet für den Bürger: Früher Feierabend machen, um die Ratssitzung zu besuchen, und neuerdings die "Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde" spätestens drei Tage vor der Ratssitzung schriftlich einreichen. (ft)

●●●Sachliche Gründe sprachen für die CDU-Fraktion dafür, Eberhard Menzel nicht als neuen Oberbürgermeister zu wählen. Die Gegenstimmen seien kein Votum gegen den Menschen Menzel, so CDU-Fraktionsvorsitzender Prof. Reuter, der damit Bezug auf die "Diskreditierung" von CDU-OB-Kandidat van Weelden durch die SPD in einer Ratssitzung vor den Wahlen nahm. "So etwas dürfe sich nicht wiederholen", so Reuter weiter. Eberhard Menzel sprach Respekt für van Weelden aus. "Er hatte das Beste für Wilhelmshaven im Auge", so Menzel, und er sei froh, mit van Weelden alles geklärt zu haben, "was den Schmutz der letzten 14 Tage vor der Wahl betraf." (ft)

●●●Der Bürgermeister sollte von der zweitstärksten Fraktion des Rates gestellt werden, forderte die CDU im Rat und stellte Helmut Möhle zur Wahl. Das Amt des zweiten Vertreters für den Oberbürgermeister sollte ganz gestrichen werden, beantragte die Fraktion der Christdemokraten. Gewählt wurden trotzdem zwei Vertreterinnen mit den Stimmen der SPD/ GRÜNE-Gruppe: Marianne Fröhling und Ursula Aljets (beide nicht CDU!) (ft)

Um die Verödung der Gökerstraße geht es in unserem Titelbild. Das obere Foto erinnert an eine Szene aus dem Gary Cooper-Film **High noon** - Beide Fotos wurden von Frank Tunnat geschossen.

Führerschein fürs Leben

Im Mai 2002 begehen die Freien Humanisten Wilhelmshaven zum 50. Mal eine Jugendfeier. Als einen "Führerschein fürs Leben" bezeichnet Vorstandsmitglied Anne Fleßner diesen Anlass.

Evangelische Jugendliche lassen sich mit 14 oder 15 Jahren konfirmieren und nehmen diesen Akt mit dem Konfirmandenunterricht davor mehr oder weniger ernst - manche machen es auch nur, weil "es sich so gehört" oder weil man zur Konfirmation von Tanten, Onkeln und Großeltern Geld geschenkt bekommt. Schade eigentlich, weil es doch recht wichtig ist, eine Orientierung fürs Leben zu haben in einem Alter, in dem man kein Kind mehr, aber auch noch nicht erwachsen ist.

Kirchlich ungebundene Jugendliche dieses Alters haben die Möglichkeit, an einer humanistischen Jugendfeier teilzunehmen und damit gewissermaßen ins Erwachsenenleben entlassen zu werden. Die Vorbereitung auf diese Feier findet ab Januar 2002 statt. Es wird um Themen gehen wie:

- Wie finde ich mich zurecht in der Welt der Erwachsenen?
- Ich will zwar Geld haben, aber warum soll ich dafür einen Beruf ausüben? Und welchen?
- Ich will auch glücklich sein. Aber muss ich dafür eine Familie gründen und mich darum kümmern?
- Ich möchte nicht alleine leben, und dafür brauche ich Freunde. Aber Freundschaft pflegen - was heißt das?
- Die Hausordnung der Familie einhalten, mit Rücksicht auf die Eltern? Warum das denn? Ich will frei sein - das ist alles.
- Dazu kommt, dass ich erwachsen sein möchte und immer noch wie ein Kind behandelt werde, und das kann ich langsam nicht mehr ertragen.

Die Freien Humanisten haben den früheren Begriff "Jugendweihe" bewusst durch das Wort "Jugendfeier" ersetzt, weil es sich dabei um eine Feier ohne Gelöbnis, ohne Weihe und ohne politische Einflüsse handelt. Es ist auch mitnichten ein DDR-Erbe, wie viele meinen - die Freien Humanisten und damit auch Feiern dieser Art gibt es schon wesentlich länger (in Hamburg z.B. fand schon 1890 eine Jugendweihe statt).

In Wilhelmshaven blicken die Freien Humanisten auf eine lange Tradition zurück. In Niedersachsen gibt es bisher erst zwei Städte (Delmenhorst und Hannover), in denen schon 50 Jugendfeiern begangen wurden, und Wilhelmshaven wird nun die dritte sein. Ende November fand ein Informationsabend zur Jugendfeier 2002 für interessierte Eltern und Jugendliche statt. Aber auch wer diesen versäumt hat, kann sich noch anmelden oder sich erst einmal informieren unter der Telefonnummer 04421/37190. (noa)

Simmersbach wieder Einzelbewerber um ein Bundestagsmandat?

Horst Simmersbach überlegt zur Zeit noch, ob er bei der nächsten Bundestagswahl wiederum als Einzelbewerber für den Bundestag im Jahr 2002 kandidieren will.

Der pensionierte Beamte aus dem Stadtnorden hatte sich bereits 1998 als Einzelbewerber um ein Mandat im Deutschen Bundestag beworben. Daraufhin hat ihn seine Partei - er war SPD-Mitglied und zeitweilig sogar Parteifunktionär - wegen Verstoß gegen die Parteistatuten ausgeschlossen. Simmersbach, der damals gegen seinen Rauswurf aus der SPD Widerspruch beim Schiedsgericht eingelegt hatte, aber abschlägig beschieden wurde, ist nach wie vor der Meinung, dass sein Rausschmiss nicht gerechtfertigt war. Er hätte zwar noch die Möglichkeit gehabt, gegen dieses "Parteiturteil" beim Verwaltungsgericht zu klagen, doch finanzielle Gründe hatten ihn letztlich davon abgehalten.

In einem Gespräch mit dem Gegenwind erklärte er, dass er durchaus daran dächte, erneut zu kandidieren. Das jedoch hinge allein von seinem Gesundheitszustand ab. (ef)



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales. Der Gegenwind sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen. Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 29.11.2001
Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 24.12.2001

Gegenwind-Internet-Ausgabe: <http://www.gegenwind-whv.de>

Neben der jeweils aktuellen Ausgabe und dem Gegenwind-Archiv finden Sie hier viele Informationen, die wir in den Druck-Ausgaben nicht mehr unterbringen konnten.

Damit Sie auch zwischen den Gegenwinden wissen was los ist, wird unsere **Internet-Ausgabe ständig aktualisiert** (Veranstaltungen, Pressemitteilungen u.v.a.m.)

Des weiteren gibt es hier die aktuellen Termine Wilhelmshavener Gruppen und Verbände.

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Wilhelmshavener helfen e.V. FairMarkt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88

Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 16 Uhr

Möbellager

im Textilhof Ulmenstraße

Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

Die Gökerstraße verödet

Die Nordseepassage sorgt weiterhin für Leerstände in den Stadtvierteln (noa/hk) Im Mai 1996 lautete der Gegenwind-Titel: "DIE NORDSEEPASSAGE: EINE STÄDTEBAULICHE TODSÜNDE!" Heute, mehr als 5 Jahre später, zeigt sich so langsam das Ausmaß dieser 'Todsünde': Das Gesicht der Marktstraße wird, je weiter man nach Westen kommt, umso mehr von leerstehenden Geschäften geprägt. Jetzt hat es auch die Gökerstraße erwischt: Leere Geschäfte bestimmen zwischen Peterstraße und Mühlenweg das Gesicht der Straße. Und das hat auch System: Ein Nebenzentrum im Bereich der Göker-/Bismarckstraße ist nicht erwünscht, weil es die Entwicklungschancen der Nordseepassage hemmen würde - so steht es in den Gutachten, die Grundlage für den Bau der Nordseepassage waren.

Die in der GöBi zusammengeschlossenen Kaufleute versuchen mit mehr oder weniger guten Ideen zu verhindern, dass diesem Bereich ein ähnliches Schicksal wie der Marktstraße-West beschert wird.

Wieder einmal diskutierten Lokalpolitiker und Kaufleute auf einer Bürgerversammlung der CDU Stadtmitte-Heppens über den Umbau des Bismarckplatzes. "Käufer sollen in Heppens bleiben" lautet der Titel des Berichts in der "WZ" vom 17.11.01.

Ja, das würden bestimmt alle Heppenserinnen sofort unterschreiben. Doch während die Parteien und die GöBi-Kaufleute darüber nachdenken, was getan werden kann, um "mehr Menschen mit einem entsprechenden Angebot auf den Bismarckplatz und in die Gökerstraße (zu) locken", verschwinden andere Kaufleute aus dieser früher sehr belebten



hang im Schaufenster die Beweggründe für die Umsiedlung des Geschäftes (siehe Foto).

Bei der Papeterie Welz, in deren Schaufenster lediglich zu lesen ist, dass sie nun in der Nordseepassage zu finden ist, haben wir nachgefragt und dieselben Gründe genannt bekommen: "Wenn wir jetzt nicht umgezogen wären, hätten wir spätestens Ende des Jahres ganz aufgeben müssen. Der Umsatz in der Gökerstraße reicht nicht, und jetzt im Herbst, wenn die beiden Eisdielen für die Wintermonate schließen, ist noch weniger Lauf."

Zwar ist die Ladenmiete in der Passage gut dreimal so hoch wie in der Gökerstraße, aber Welz hofft, hier zu überleben.

Wenige Häuser weiter gähnt ein weiteres leeres Schaufenster. Der Änderungsschneider Unal Ergün, der hier früher seine Dienste anbot, ist schon länger weg. Und der Verlust des Schuhgeschäftes Hoffmann fällt nur deswegen nicht mehr auf, weil die Papeterie Welz von ihrem vorigen Standort einige Häuser weiter nördlich dorthin gezogen war.

Mit jedem Laden, der den GöBi-Bereich verlässt, wird die Situation für die verbleibenden Geschäfte schwieriger, so dass man mit einer weiteren Verödung der früher recht attraktiven Einkaufsstraße rechnen muss. Schade. □



Einkaufsmelle. Kurz hintereinander schlossen drei Geschäfte auf der Gökerstraße. Der extra-Lebensmittelmart bedankt sich per Plakat im Schaufenster bei den lieben Kunden, steht ihnen aber nicht mehr zur Verfügung. Die Filiale wurde dem neuen Einkaufszentrum am Mühlenweg hinter der Kopperhörner Mühle geopfert. Für Leute mit Auto mag das egal sein, doch für die im Viertel wohnenden älteren Menschen, die nicht mehr so mobil sind, ist der Verlust des Ladens in Zu-Fuß-geh-Nähe wirklich ein Verlust. Die Blumenladen Pustelblume nebenan ist dem Lebensmittelmart gefolgt. Die Inhaberin erklärt in einem Aus-



Planung für den Bismarckplatz: Eine Markthalle soll die Attraktivität erhöhen, der Busbahnhof wird halbiert und die Brachflächen werden hergerichtet

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLANG

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

Freitag, **7.12.**
GLOOMY FRIDAY
EBM - 80's - DarkWave - event

Freitag, **14.12.**
WHV-Rock-package:
**ANOTHER 'H' OF ROCK
& BIG STEAL**

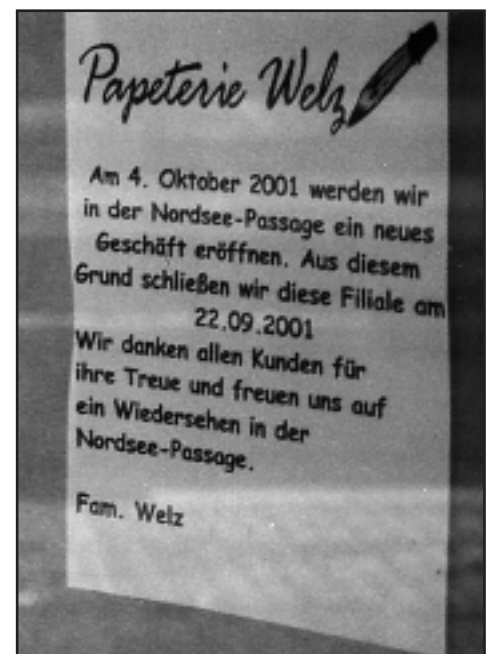
BING BING BING
CHRISTKIND KOMMT IN'S KLING
...am 24.12. ab 22 Uhr geöffnet!

-KONZERT DES MONATS-
25.12.
The SPECIAL GUESTS
SKA-SKA-SKA

31.12.
SIVESTER - SILVESTER

DIENTAGS
gehen die **PLATTEN VOR GERICHT**

KLING KLANG-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM
...und DU bist dabei!



Fotos: Frank Tunnat

Effekte und Konzepte

Die Gewerkschaften wollen den JadeWeserPort

(hk) Eine Überraschung war es nicht, als sich die großen Wilhelmshavener Gewerkschaften vor zwei Jahren für den Bau des JadeWeserPorts aussprachen. Am diesjährigen 2. November legten die Gewerkschaften noch mal nach: Sie fordern mehr Tempo bei der Realisierung des Projektes und wollen ihren Teil dazu beitragen, dass der JadeWeserPort eine Erfolgsgeschichte wird. In einem Gespräch mit dem 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Hartmut Tammen-Henke, versuchen wir zu klären, mit welchen Vorstellungen die Gewerkschaften an die Sache herangehen.

Gegenwind: Die Gewerkschaften als Vorreiter in Sachen JadeWeserPort?

Hartmut Tammen-Henke: Mit unserer Veranstaltung vor zwei Jahren haben wir deutlich gemacht, dass es bei solchen Projekten wichtig ist, von vornherein die Interessen der Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Jetzt, nachdem die Entscheidung für Wilhelmshaven gefallen ist, ist der richtige Zeitpunkt, um an inhaltlichen Punkten weiter zu arbeiten, insbesondere an der Frage der Beschäftigungseffekte. Wir wollten mit unserer Veranstaltung auf diesen Punkt konkreter hinweisen, deutlich sagen, was getan werden muss, um möglichst viel Beschäftigung durch den Hafen in die Region zu bekommen.

In eurem Infoblatt zur Veranstaltung heißt es, dass ihr "transparente Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen" fordert. Wie passt das damit zusammen, dass ihr, wie die Wilhelmshavener Zeitung berichtete, jetzt mehr Tempo fordert?

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Der Verlauf der Konferenz und die Berichterstattung in den Medien hat den Eindruck hinterlassen, als wenn wir diejenigen wären, die jetzt auf die Zeitschiene drücken. Es war nicht unsere Intention, das in den Vordergrund zu stellen, aber im Laufe der Versammlung hat dieser Punkt große Bedeutung gewonnen. Wir wollen natürlich eine breite Beteiligung und Diskussion - nur so ist größtmögliche Akzeptanz herzustellen.

Welche Chancen sehen denn die Gewerkschaften durch den JadeWeserPort?

Bei der Diskussion darf es nicht nur um Umschlagszahlen gehen. Das ganze Drum und Dran muss berücksichtigt werden. Wir fordern in diesem Zusammenhang ein Ansiedlungskonzept. Es geht uns darum, die

so genannten indirekten Effekte dieses Hafens herauszuarbeiten. Wir sind der Auffassung, dass dafür hier zu wenig getan wird. **Was meint ihr konkret mit indirekten Effekten? Glaubt ihr, dass sich durch den Bau des Hafens hier neue Industrie ansiedeln wird? Was soll da passieren? Sollen die Container hier ausgeladen werden und deren Inhalt hier zusammengeschraubt werden?**

Es gibt ja Untersuchungen über die möglichen Arbeitsplatzeffekte. In dem BAW-Gutachten¹⁾ ist von 900 bis 1.100 direkt im Hafenbetrieb benötigten Arbeitskräften die Rede...

...in der letzten Ausbaustufe.

...in der letzten Ausbaustufe. Die indirekten Effekte werden da mit 1.600 bis 2.000 angesetzt, und dann gibt es darüber hinausgehende Effekte im verarbeitenden Gewerbe, die noch mal auf 2.000 geschätzt werden. Das heißt, es geht um einen Korridor von möglicher Beschäftigung von 2.800 bis knapp 5.000. Die direkten Effekte sind ja relativ klar und deutlich, das ist das, was im Bereich des Hafenbetriebes, der Wartungsarbeiten, der Kontrollaufgaben und der dazu gehörenden Verwaltung anfällt.

Und da hier ja ein hochmoderner, perfekt durchrationalisierter Hafen entstehen soll, sind hier die Beschäftigungseffekte doch eher gering einzuschätzen.

Die Schätzung liegt bei ungefähr 1.000 Arbeitsplätzen. Diese Zahl ist relativ unumstritten - das sind Erfahrungswerte, die man von anderen Standorten kennt.

Die Bürgerinitiative spricht von unter hundert direkten Arbeitsplätzen.

Ich weiß nicht, wo die BI diese Zahlen her hat, auf welche Erfahrungen und Erkenntnisse sie sich da stützt. Aber uns geht es um die indirekten Effekte. Da geht es um Büros von Feeder-Reedereien, um die Ver- und Entsorgung der Schiffe, Schiffsausrüstung, Container-Depots, Reparaturbetriebe, EDV-Dienstleistungen, Hotelübernachtungsmöglichkeiten für Seeleute, Zollaktivitäten, Personentransport auf dem Terminal, in die Stadt und die Region und umgekehrt uns so weiter. Durch diese indirekten Effekte können hier ca. 2.000 Arbeitsplätze entstehen.

Der dritte Bereich umfasst die Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe. Das Prognos-Institut aus Basel hat versucht, die möglichen Potenziale in den einzelnen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes aufzulisten, und hat eine Bedarfsanalyse bis 2020 gemacht. Da werden für die chemische Industrie, für den Maschinenbau, für die Elektro- und Elektronik-Industrie, Datenverarbeitung, Medizin, Mess- und Regeltechnik, optische

Industrie aber auch z.B. im Kfz-Bau Wachstumsmöglichkeiten gesehen. Prognos setzt für Wilhelmshaven vorsichtig die Zahl von 2.000 neuen Arbeitsplätzen an. Das ist der Hintergrund für unsere Forderung nach einem Ansiedlungskonzept.

Nach unserer Auffassung dürfen sich die Aktivitäten für diesen Hafenbau nicht darin erschöpfen, dass man die Kaianlage baut und das Gelände zementiert, damit dort die Krane aufgebaut werden können - was hinter dem Deich ist, muss in den Vordergrund der Aktivitäten rücken. Man muss Überlegungen anstellen, wie sich dort Betriebe ansiedeln können.

Wer könnte denn Interesse haben, z.B. eine Elektronikfirma anzusiedeln, um in 6 oder gar erst in 9 Jahren die ersten Teile aus dem Container zu holen?



Interessen können natürlich in erster Linie nur die haben, die damit auch Geld verdienen können. Und der Kapitalismus ist ja nicht unbedingt eine langfristig denkende Veranstaltung, sondern eher eine, die kurzfristig auf Profite erpicht ist. Wenn man über Wirtschafts- und Strukturpolitik redet, dann muss man auch denjenigen, die meinen, dass sie hier Geld verdienen können, mittel- und langfristige Perspektiven aufzeigen und die Interessenten dazu bringen, dass sie sagen: Das ist ein guter Standort - da gehe ich hin.

Der JadeWeserPort soll ja weitestgehend privat finanziert werden. Meinst du, dass die Politik dann noch Einfluss darauf hat, was in diesem Hafen und drum herum geschieht? Ist es nicht so, dass z.B. Eurogate sagt, diesen Hafen können wir gut gebrauchen als Ergänzung oder gar als Ersatz für andere Häfen - andere Interessen haben die doch nicht.

Natürlich ist diese Gefahr groß. Auf unserer Konferenz hat Jan Kahmann, der Kollege, der in der Gewerkschaft ver.di für den Hafenbereich zuständig ist, auf genau diese Gefahr hingewiesen und uns dringend empfohlen, auf die Frage der Betreiber Einfluss zu nehmen. Die JWP-Entwicklungsgesellschaft, die ja in diesem Zusammenhang die wesentlichen Vorarbeiten macht, besteht bis jetzt nur aus Vertretern der Länder Niedersachsen und Bremen und der Stadt Wilhelmshaven, ist also von der Politik besetzt. Hier werden Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gesamtstruktur dieses Hafens getroffen, so dass man jetzt durchaus auch noch Einfluss nehmen kann. Das muss genutzt werden.

Kann man auch vorher schon eingreifen, dass sich der JWP nicht zu einem großen Konkurrenzunternehmen für die anderen Containerhäfen in Deutschland entwickelt?

1) **Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven des JadeWeser-Raums unter besonderer Berücksichtigung des geplanten JadeWeser-Ports.** Regionalwirtschaftliche Auswirkungen und Handlungsnotwendigkeiten für die Stadt Wilhelmshaven und die Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund im Auftrag der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven und der Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie des Landes Bremen

winkler TV

TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Str. 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 rund ums Haus

Das ist eine zweite ganz wichtige Aufgabe, und ich glaube, da ist die Gewerkschaftspolitik noch mehr gefordert. Ich denke zum Beispiel an die Bedingungen für die Menschen, die dort arbeiten. Es ist ja der Gewerkschaft ver.di gelungen, dass in den einzelnen heute vorhandenen Hafenstandorten Bremen, Bremerhaven, Hamburg usw. von den tariflichen Strukturen her gleiche Bedingungen herrschen - also der Flächentarifvertrag dort Anwendung findet. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, dass wir hier schon im Vorfeld dafür sorgen, dass es hier nicht anders wird. *Durch gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen wird die Konkurrenz verhindert?*

Das ist einer der wichtigsten Punkte. Hier darf kein Niedriglohnsektor entstehen. Wir wollen hier von Anfang an gleiche tarifliche Strukturen herstellen. Sonst könnte es passieren, dass die anderen Häfen hinten runter fallen.

Mit eurem Ansiedlungskonzept gebt ihr der bisher doch recht nebulösen Diskussion um die vielen Tausend Arbeitsplätze konkretere Konturen. Was genau soll dieses Konzept beinhalten?



NATURATA

Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren

Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

Bei dem Ansiedlungskonzept geht es darum, so viel wie möglich von den möglichen indirekten Beschäftigungseffekten auch zu erzielen. Der direkte Effekt dieses Hafens, also die Beschäftigung direkt am Terminal, liegt bei ungefähr 1.000, aber die Untersuchungen sagen, dass mit dem Hafen fast 5.000 Arbeitsplätze verbunden sein können. Und diese Differenz von 4.000 Arbeitsplätzen ist eine ungesicherte Zahl. Wir wollen diese ungesicherte Zahl so sicher wie möglich machen. Dazu muss die Industrie, müssen die Dienstleistungsunternehmen und das Handwerk in dieser Region sich hinsetzen und ein Ansiedlungskonzept entwickeln, das alles das umfasst, was sich um diesen Hafen rankt. Es darf nicht sein, dass der Container hier ankommt und wieder verladen und abgeschickt wird. Es kommt darauf an, auch zu gucken, was da drin ist und Überlegungen anzustellen, was könnten wir mit dem, was da drin ist, vor Ort machen - wie kann man das weiter verarbeiten? Da ist ja vieles denkbar.

Aber das sind doch Lieferungen an Kunden. Und diesen Kunden kann man anbieten,

dass hier in Wilhelmshaven schon eine erste Weiterverarbeitung stattfinden kann, die kostensparend ist. Dafür müssen natürlich die Kapazitäten da sein. Welche Formen von Energie, welche Produktionsanlagen benötigen wir - das muss ergründet und analysiert werden. Und da stellt sich natürlich auch die Frage der Anbindung von bestimmten Dienstleistungsfunktionen, die sogenannten Hafen- oder unternehmensbezogenen Dienstleistungen, bei denen Wilhelmshaven ein Riesendefizit hat. Versicherungen, Banken, die notwendigen Beratungsunternehmen - diese Formen müssen entwickelt werden. Das meinen wir mit Ansiedlungskonzept.

Also schauen, was ist, um ein Stückchen vom Kuchen abzubekommen?

Nicht nur das - sondern auch Bedarf wecken bestimmte Verfahren und Leistungen anbieten. Sich einen Kopf darüber machen, was ist hier möglich. Das gilt gerade für die Bereiche, die in der Prognos-Untersuchung als prosperierend dargestellt wurden, ich habe sie eingangs erwähnt, da gilt es aktiv zu werden. Also nicht nur gucken was da ist, sondern auch, was gebraucht wird, was möglich ist.

Setzte der Siegeszug der Container nicht deswegen ein, weil dadurch auf relativ bequeme Art und Weise auch entfernt von den Häfen produziert werden konnte?

Es gibt da keine Automatik. Man kann nicht sagen, dass ein Containerhafen auch Standort des weiterverarbeitenden Gewerbes sein muss, es gibt aber auch keinen Grund, dass er es nicht ist.

Schlägt dann nicht wieder die Marktferne Wilhelmshavens negativ zu Buche? Darum gibt es doch diese Containerentwicklung, um die Produktion in Marktnähe durchführen zu können.

Die Frage ist ja, welcher Markt gemeint ist - da kann man nicht ins Blaue hinein planen. Da muss man schon schauen, welche Bereiche von hier abgedeckt werden können. Es gibt natürlich viele Wenn und Aber - doch so etwas muss in diesem Ansiedlungskonzept Berücksichtigung finden - das muss konzeptionell schlüssig sein. Darum sagen wir ja auch, dass man diese Entwicklung nicht sich selbst überlassen darf. Wir müssen die Strukturen dieser Region entwickeln, und wenn dieser Hafen die Möglichkeit dazu bietet, dann müssen wir daran arbeiten.

Ist das denn eigentlich noch Gewerkschaftsarbeit?

In den letzten Jahren waren wir gezwungen, uns hauptsächlich mit Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzabbau zu beschäftigen. Dabei wurden die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Strukturpolitik vernachlässigt. Und da müssen wir aktiv werden, wenn hier in unserer Region die Entwicklung wieder aufwärts gehen soll.

Wer soll denn ein solches Ansiedlungskonzept erarbeiten?

In erster Linie ist da natürlich die Wirtschaftsförderung in der Pflicht, wir meinen aber, dass man ein solches Konzept unter Beteiligung der wesentlichen Gruppen, wie den Gewerkschaften, erarbeitet werden muss. Um das deutlich zu machen und unseren Anspruch und unser Interesse deutlich zu machen, haben wir diese Konferenz durchgeführt.

Vielen Dank für das Gespräch. □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Termine:

Wir laden ein zum Weihnachtsbasar!

Samstag, 1. Dezember
12 - 17 Uhr

**Eintopfessen, Kaffee,
Kuchen und Punsch**
Tombola

Vorführung:

**Origami -
eine japanische Papier-
faltkunst**

Das Team des Müt- terzentrums

**wünscht allen Besuche-
rInnen,
Freunden und Unterstüt-
zern
ein
frohes
Weihnachtsfest
und ein
glückliches
neues Jahr!**

Café MüZe + Secondhandladen

Mo. - Fr. 9.30 - 17.00 Uhr
Sonntag 9.30 - 12.30 Uhr

Treffpunkt Bauchladen
Beratung und Hilfestellung
bei Schwangerschaft und Geburt
Dienstags 9.30 - 11.30 Uhr

Kreatives Gestalten
Montag 15.00 - 17.00 Uhr
Dienstag 20.00 - 22.00 Uhr

Geld gut angelegt?

Arbeitsamt fördert die Arbeitslosigkeit mit Maßnahmen zu ihrer Senkung (noa) "Arbeitsamt setzt jetzt auf maßgeschneiderte Lösungen". Dies war die wohl interessanteste Aussage des Wilhelmshavener Arbeitsamtes auf seiner alljährlichen Pressekonferenz im Februar 2001. Von den 31 Millionen DM, die für das laufende Jahr für die berufliche Weiterbildung von Arbeitslosen vorgesehen waren, ist sicher ein großer Teil sehr sinnvoll ausgegeben worden. Anrufe von GEGENWIND-Lesern deuten jedoch darauf hin, dass ein Teil auch "in den Sand gesetzt" wurde.

Viermonatige Lehrgänge zur beruflichen Weiterbildung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen, die schon eine Ausbildung in einem handwerklichen Beruf absolviert haben, werden im Auftrag des Arbeitsamtes vom Institut Freund durchgeführt. Die TeilnehmerInnen bekommen Überbrückungsgeld in Höhe des Arbeitslosengeldes. Der Lehrgang beginnt mit einem vierwöchigen Block, in dem theoretischer Unterricht stattfindet. Danach wird der Hauptanteil der Zeit in Betriebspraktika investiert. Die ca. 20 TeilnehmerInnen haben in zwei Betrieben je sechs Wochen Gelegenheit, sich von ihrer besten Seite zu zeigen und den Arbeitgeber von sich zu überzeugen. Jedenfalls soll es der Sinn der Maßnahme sein, dass ein Praktikum in eine Festanstellung mündet. Bei knapp der Hälfte der TeilnehmerInnen des letzten derartigen Kurses hat das auch geklappt. Doch andere wurden mit viel Lob und mit Versprechungen, es sehe gut aus, bei der Stange gehalten, um am Ende zu erfahren, dass es gar keine freien Arbeitsplätze gibt.

"Die Firmen nutzen die Gelegenheit, Gratisarbeitskräfte zu bekommen. Die erste Frage in meinem ersten Praktikum war, ob dem Betrieb irgendwelche Kosten, etwa für Versicherungen, entstehen", so ein frustrierter Teilnehmer gegenüber dem GEGENWIND. In seinem zweiten Betrieb war ihm schon schnell klar, dass auch hier kein fester Arbeitsplatz herauskommen würde, doch er durfte sich dann keinen anderen Praktikumsplatz für die restliche Zeit suchen - Verträge zwischen den Betrieben, dem Institut und den Maßnahmeteilnehmern legen die Praktikumsdauer von sechs Wochen fest.

Selbst wenn jemand schon nach weniger als sechs Wochen einen Arbeitsvertrag in seinem Praktikumsbetrieb bekommen könnte, ist er durch seinen Vertrag gebunden. Entweder das Institut als Maßnahmeträger oder das Arbeitsamt wirken auf den Arbeitgeber ein, die vorgesehene Praktikumszeit einzuhalten. Dass der Maßnahmeträger kein Interesse daran hat, einen Teilnehmer vor Ablauf des Kurses in eine Festanstellung gehen zu lassen, ist verständlich: Institute, die im Auftrag des Arbeitsamtes solche Maßnahmen durchführen, werden pro Teilnehmer bezahlt (im Fall der Maßnahme, von der hier die Rede ist, 2.500 DM pro Monat und Teilnehmer), und jeder, der vorzeitig aufhört, schmälert die Einnahmen,



während die Kosten für das Institut unabhängig von der Teilnehmerzahl bestehen bleiben.

Dass auch das Arbeitsamt den schnellen Erfolg einer solchen Maßnahme selber verhindert, ist weniger verständlich. Es scheint so, als fördere es mit seinen Bemühungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit diese eher - der Eindruck, dass Betriebe, die jederzeit ausgebildete Kräfte beschäftigen können, ohne Lohn zahlen zu müssen, bald lernen, keine Mitarbeiter einzustellen, sondern eben Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen, drängt sich auf.

Maßgeschneiderte Lösungen - vordergründig sieht ein Kursus mit betreuten Praktika vielleicht so aus. Doch in einer berufsgemischten Gruppe von 20 Leuten kann in 300 Stunden Theorieunterricht kein Training in berufsspezifischen Kenntnissen - wie im Abschluss-Zertifikat bescheinigt wird - stattfinden; es war stattdessen ein wenig Hauptschulstoff in Mathe und Deutsch, der da wiederholt wurde.

Ein Witz ist jedoch die Bescheinigung eines "Internet-Führerscheins" im Zertifikat - wenn es beim Institut Freund einen Computer mit Internet-Anschluss gibt, dann steht er nicht in einem Schulungsraum! □

Den Bogen überspannt?

Beleidigungsklage gegen Ursula Aljets

Die SPD-Ratsfrau und frischgebackene 2. Bürgermeisterin Ursula Aljets ist als spitzzünftig bekannt. Auch in GEGENWIND-Gesprächen hat sie diese Qualität schon bewiesen. Nach Meinung vieler Wilhelmshavener hat sie im Frühling dieses Jahres den Bogen überspannt. Jetzt hat Hartmut Büsing, Lehrer, Mitglied des Historischen Arbeitskreises des DGB und Gründungsmitglied des Vereins zum Erhalt und zur Förderung des Küstenmuseums, gegen sie eine Klage wegen Beleidigung und übler Nachrede erhoben.

Hartmut Büsing arbeitet an einer Wilhelmshavener Sonderschule. Als Mitglied des Historischen Arbeitskreises des DGB hat er zahlreiche geschichtliche Untersuchungen veröffentlicht. Im Februar wurde ein Leserbrief Büsings in der "WZ" abgedruckt, in dem er sich für die Wiedervereinigung des Küstenmuseums mit dem Stadtarchiv aussprach. Auf diese öffentliche Stellungnahme reagierte Frau Aljets mit einem Leserbrief, den sie mit der Frage schloss: *"Könnte es aber sein, dass Herr Büsing durch eifrige Mitarbeit im Museumsverein gehofft hatte, auch bei Archivalien ein Schnäppchen machen zu wollen?"*

Dies empfand Hartmut Büsing als einen Schlag unter die Gürtellinie. Dass die Unterstellung, er wolle im Stadtarchiv klauen, in die Form einer Frage gekleidet war, macht seiner Ansicht nach die Beleidigung eher schlimmer, weil hinterlistig.

Deshalb verlangte Büsing im April eine Entschuldigung von Frau Aljets. Laut Klageschrift des Anwaltes und Notars Bolko Seifert, der Büsing in dieser Angelegenheit vertritt, wurde die Aufforderung zu einer Entschuldigung *"in freundlicher Weise"* an Frau Aljets gerichtet; diese aber beantwortete das Schreiben mit Ausflüchten. Sie halte es für möglich, dass Büsing sich beleidigt fühle, aber sie habe immer versucht, *"eine menschliche Diskussionsebene einzuhalten"*.

Eine wiederholte Aufforderung, sich zu entschuldigen, hat Ursula Aljets dann gar nicht mehr beantwortet, und so sieht Büsing in seiner Klage die einzige Möglichkeit, Genugtuung zu erlangen. Er beantragt, *"Aljets zu verurteilen, an den Verein zum Erhalt und zur Förderung des Küstenmuseums in Wilhelmshaven e.V. ein (...) angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen."* (aus der Klageschrift)

"Auch die Tatbestände der Beleidigung und üblen Nachrede im strafrechtlichen Sinne dürften verwirklicht sein", schreibt Seifert in der Klage, doch auf einen Straf Antrag hat Büsing verzichtet, *"um der Beklagten bis zuletzt und auch heute noch Gelegenheit zu geben, die Sache einigermaßen gütlich zu bereinigen."* Ob Frau Aljets diese ausgestreckte Hand ergreifen wird? (noa)

Jonathan  Naturkost
"Gesundheit!"

Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau.
Unter anderem.

Geschlechterkampf

Nach der Wahl ist vor der Wahl

(red) Der Kampf um den gutdotierten Sessel des eingleisigen Oberbürgermeisters mit all seinen - mitunter unappetitlichen - Nebenerscheinungen ist erst kürzlich abgeschlossen worden. Dieser Kampf war eine reine Männersache. Aber bereits jetzt bereitet sich die SPD intensiv auf die Bundestagswahl 2002 vor, denn für die Wilhelmshavener MdB Gabriele Iwersen, die den neu konstruierten Wahlkreis 27 (bisher Wahlkreis 21) Wilhelmshaven/Friesland nicht mehr in Berlin vertreten will, wird ein/e neue/r Kandidat/in gesucht. Die Nachfolge scheint wieder einmal nicht so glatt zu laufen, denn wieder es ist eine Frau, die sich um das vakante Amt bewirbt.

Erinnern wir uns

Bereits im Herbst 1988 gab Dr. Herbert Ehrenberg, SPD-Bundestagsabgeordneter seit 1972 und für einen kurzen Zeitraum auch Minister für Arbeit und Sozialordnung im Kabinett Helmut Schmidt, in einem Gespräch mit den drei SPD-Unterbezirksvorsitzenden bekannt, dass er 1990 nicht mehr für den Bundestag kandidieren würde. *"Am Ende dieser Legislaturperiode beginnt mein 65. Lebensjahr. Nach gutem gewerkschaftlichen Brauch ist es zu diesem Zeitpunkt höchste Zeit, sich aus der aktiven Arbeit zurückzuziehen"* und *"Ich will der Partei genügend Zeit geben, sich um die Nachfolge Gedanken zu machen"*, so Ehrenberg. Bei diesem Treffen legten die drei Unterbezirksfunktionäre dann auch gleich fest, dass jetzt eine Frau die Nachfolge von Ehrenberg antreten sollte. Der Beschluss lag deshalb so nahe, weil unterdessen die Delegierten beim SPD-Parteitag in Münster eine Quotenregelung beschlossen hatten. Der damalige Landtagsabgeordnete Udo Könecke bezeichnete diese gemeinsame Absichtserklärung als einen *"historischen Augenblick"*.

Nachdem sich drei Wilhelmshavener Sozialdemokratinnen, Gabriele Iwersen, Ursula Aljets und Marianne Fröhling, in vielen Vorstellungsrunden bei den Ortsvereinen um die Kandidatur beworben hatten, fiel die Wahl letztlich auf Gabriele Iwersen.

Sie hatte kommunalpolitische Erfahrung als Ratsfrau gesammelt und war seit 1986 Bürgermeisterin in der Jadestadt.

Die beiden Mitbewerberinnen haben inzwischen die eine oder andere Stufe auf der politischen Leiter erklommen.

Marianne Fröhling, damals noch stellvertretende Unterbezirksvorsitzende der SPD, inzwischen Bündnisgrüne: Seit ihre neue Partei im Rat der Stadt sich an die Seite der regierenden Ratsfraktion gekuschelt hat, wurde sie für diesen Coup Bürgermeisterin.

Ursula Aljets wurde nach der Kommunalwahl vor einigen Wochen neue SPD-Bürgermeisterin.

Der damalige Bezirksvorsitzende der SPD, Bernd Theilen, unterstützte die Kandidatur von Iwersen nach Kräften. Dagegen unkten Wilhelmshavener Spitzenfunktionäre bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sie würde es nicht schaffen, das Direktmandat der SPD zu erhalten. Zahlreiche Ortsvereine sahen das ganz anders und sprachen sich für Iwersen aus. Auch die SPD-Presse warb für sie als *"eine Kandidatin mit Profil"*.

Am 2. Dezember 1990, dem Wahlsonntag, gewann sie dann auch - zwar äußerst knapp (50 918 Stimmen) - das Direktmandat vor Erich Maaß von der CDU (49 686 Stimmen) und zog als erste Frau für den Wahlkreis Wilhelmshaven/Friesland in den Bundestag ein.

Kaum hatte sich Iwersen in Bonn mit ihren neuen Aufgaben vertraut gemacht, gab es bei den Spitzengenossen am Ort schon wieder kritische Äußerungen. Sie wäre farblos, hieß es, und unfaire Gerüchte über sie wurden gezielt unter Volk gebracht. Ende 1993 - ein Jahr vor der Bundestagswahl - wurden ihre prominenten Kritiker dann kon-

kret. Es war der Sander Pädagoge und zugleich Frieslands SPD-Unterbezirksvorsitzende Günther Heußen, der zuerst offen Kritik an Iwersen übte. Gabriele Iwersen kümmerte sich zu wenig um ihren Wahlkreis, besuche die Ortsvereine nicht, hätte Schwierigkeiten im Umgang mit der Presse... Die Kritik musste wohl auch deshalb sein, weil Heußen sich selbst um dieses Mandat bewerben wollte. Als ihm jedoch dann seine Sander Parteifreunde und auch die Schortenser Genossen die Gefolgschaft verweigerten und an Gabriele Iwersen festhielten, verzichtete er auf die Kandidatur.

Doch auch in Wilhelmshaven baute sich - vorerst vorsichtig im Umland sondierend und taktierend - ein weiterer Bewerber auf: der Wilhelmshavener Oberbürgermeister Eberhard Menzel. Beim Parteitag 1993 machte er in seiner Begrüßungsrede seine Bewerbung öffentlich. *"Ich kandidiere, weil viele SPD-Mitglieder die Gefahr sehen, dass hier 1994 das Direktmandat verloren geht"*, und weiter: Seine Kandidatur... *"erfolgt aus Sorge, die SPD könne nach der Bundestagswahl mit leeren Händen dastehen."*

Dass nicht alle Genossen seine Sorgen teilten, stellte sich danach bei verschiedenen Zusammentreffen von Sozialdemokraten heraus. So waren es Genossen aus dem SPD-Ortsverein Jever, die sich bei einer Sitzung einstimmig hinter Gabriele Iwersen stellten. Fraktionschef Klaus Waleczek z.B. sagte, Gabriele Iwersen habe sich immer redlich bemüht. *"Darum gebe ich ein klares Plädoyer für sie ab."* Und der Genosse Karl-Heinz Niemeyer vom gleichen Ortsverein meinte sogar: *"Mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven würden wir den Wahlkreis 21 nur verlieren."* (9.10.93. - Jeverisches Wochenblatt)

Am 16. Oktober 1993 stellten sich bei der Wahlkreiskonferenz im Schortenser Bürgerhaus die beiden Bewerber um Bundestagsmandat den 62 Delegierten. Menzel erklärte in seiner Vorstellungsrede u.a. siegesgewiss: *"Ich habe noch nie eine Wahl verloren."* Nach der Stimmenaushählung, keine 40 Minuten später, musste er feststellen, dass es

immer ein erstes Mal gibt. Mit 36 zu 26 Stimmen entschieden sich die Delegierten für die Genossin und nicht für den Genossen. Ein klares Votum, das deutlich ausfiel als von einigen erwartet. Von einer SPD-Ortsteilzeitung - die inzwischen auf Druck der Partei ihre Berichterstattung einstellen musste - befragt, wie sie sich nach ihrem Sieg fühle, antwortete Gabriele Iwersen u.a.: *"Ich habe ja ein bestimmtes Programm aufgebaut.. und als es gerade anfang, Erfolge zu zeigen, wurden mir doch einige*

Knüppel zwischen die Beine geworfen. Doch die sind jetzt zur Seite geräumt, und ich hoffe gar, sie sind verschwunden". Wer da die Knüppel geworfen hat, ist unschwer zu erraten.

Und die Delegierten hatten recht daran getan, es bei einer erneuten Kandidatur von Gabriele Iwersen zu belassen. Hatte sie bei ihrer ersten Kandidatur 1990 nur 44,0 % der Stimmen im Wahlkreis 21 erhalten, so erreichte sie bei der folgenden Bundestagswahl am 16.10.1994 einen Stimmenanteil von 47,8 %. Ehrenberg hatte bei der Bundestagswahl 1987 gerade 2 % mehr Stimmen bekommen.

Doch bald nach ihrem Wahlerfolg kratzten Obergerossen erneut an ihrem Image.

Sicher, sie war und blieb im Plenum eine Hinterbänklerin, hielt keine bedeutenden Bundestagsreden und trat auch nicht in Talkshows auf. Doch in den Ausschüssen des Bundestages, die - nie im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehend - ihre Arbeit brav verrichten, galt sie als kompetente und zuverlässige Mitarbeiterin. Dass sie für die Mitbürger in ihrem Wahlkreis immer ansprechbar war, dass sie drei Bürgerbüros in ihrem Wahlkreis als SPD-Stützpunkte ausbaute, sich für die Arbeitsplatzinitiative für Frauen in Wilhelmshaven stark machte, all das schien einigen ehrgeizigen Parteifreunden nicht zu reichen. Und wiederum war es das "starke Geschlecht", das ihr vor der Bundestagswahl 1998 ihren Platz streitig machen wollte. Erneut war es Günther Heußen, der "da rein wollte" und erstmals auch Norbert Schmidt, gelernter Dreher (O-Ton Schmidt: *"Ich fühle mich immer noch als Arbeiter"*), unterdessen Berufsschullehrer und wie Heußen SPD-Unterbezirksvorsitzender. Beide hatten sich zusammengetan, um vorerst vereint gegen Iwersen anzutreten. Ihre Bewerbungen hatten sie vorsichtshalber zuerst im Umland und nicht in Wilhelmshaven öffentlich gemacht. Als sie dann von einigen Ortsvereinen als Kandidaten vorgeschlagen wurden (Anmerkung: bei der SPD wird man immer "von vielen Genossen vorgeschlagen" beziehungsweise "zur Kandidatur gedrängt"), wurde das Vorgehen gegen die Amtsinhaberin und "Parteifreundin" zunehmend unfreundlich, ja sogar ziemlich ruppig. So erklärte Schmidt in einem Gespräch mit der WZ (31.05.97) ziemlich unverfroren: *"Ich kann nicht so lange warten, bis Gabriele Iwersen freiwillig ihre politische Karriere beendet."*

Wie der Vorwahlkampf zur Bundestagswahl 1998 verlief, welche Stolpersteine die "Parteifreunde" für Iwersen aufstellten, wie dann die Wahl ausging und was sich jetzt in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2002 so alles tat und tut, lesen Sie in der nächsten Ausgabe. □

UNTERWEGS
REISERÜSTUNGS GMBH

OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!

Nur echt in der **NORDSEE PASSAGE**
WILHELMSHAVEN

Tel: 04421-994287 Fax 994288

Stoppt den Krieg!

Demonstration gegen den Krieg in Afghanistan

(ft/hk) Der Widerstand gegen den Krieg in Afghanistan verstärkt sich, und beinahe gar wäre die Rot-Grüne Regierungskoalition daran zerbrochen. In Wilhelmshaven waren am 10. November knapp 100 Menschen dem Aufruf der Initiative gegen Kriege gefolgt. Dass sich keine aus der Friedensbewegung bekannten Sozialdemokraten an der Demonstration beteiligten, war zu erwarten, dass aber auch nicht ein Hauch von Grün zu sehen war, verblüffte einige TeilnehmerInnen doch ein wenig. Schließlich hatte der Wilhelmshavener Kreisverband von Bündnis '90/Die Grünen kurz vorher seine Ablehnung des Krieges veröffentlicht.



Foto: Frank Tunnat

Der Demonstrationzug bewegte sich vom Rathausplatz über die Marktstraße zur Nordsee-Passage, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Gesäumt wurde die Demonstration, besonders natürlich in der Marktstraße, von vielen WilhelmshavenerInnen. Ihr "Spinner", "Arschlöcher", waren unqualifizierte, aber häufig vorkommende Kommentare der in ihren gewohnten Samstagvormittag-Aktivitäten gestörten Bürger. Es gab aber auch Applaus von Einzelnen, andere schlossen sich der Demonstration an.

Die abschließende Kundgebung war für jede/n offen. Doch nur wenige nutzten die Möglichkeit, ihre Meinung zu Krieg und Terror offen auszusprechen. Nach

einigen mehr oder weniger vorbereiteten Statements meldete sich auch ein Soldat zu Wort, der zwar Verständnis für die Demonstration zeigte, es aber auch für wichtig hielt, dass kein Wehrpflichtiger zum Einsatz käme und dass auch die anderen Soldaten seiner Meinung nach freiwillig daran teilnehmen, sich also frei entscheiden können.

Ein Redner wies darauf hin, dass es doch wohl ein Übel sei, dass in Wilhelmshaven, dem größten Marinestandort der Bundesrepublik, keine Beratung für Kriegsdienstgegner stattfindet. Das "Bündnis gegen Kriege" reagierte rasch: Ab sofort ist auch in Wilhelmshaven eine fachkundige Beratung durch die DFG/VK gewährleistet:



Deutsche
Friedensgesellschaft
Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen

Stoppt den Krieg!

Alle Kriegsdienste verweigern!

Information und Beratung:
jeden Mittwoch um 20 Uhr im Willi-Bleicher-Zentrum
(Gewerkschaftshaus Kieler Straße 63)

Redaktionell überarbeitete Auszüge einer Rede vom 10. November:

"Ich spreche hier für keine Gruppierung. Ich möchte etwas sagen zu den Ursachen von Terror und Kriegen. Die Unterscheidung von beiden halte ich für schwierig; es gab und gibt eine ganze Anzahl renommierter Politiker, die Terroristen waren und umgekehrt. Die Ursachen für Terror und Krieg sind immer wirtschaftliche. Im jetzigen Beispiel geht es um Öl, Gas und andere Bodenschätze aus den Staaten nördlich von Afghanistan.

Menschen, die Terror ausüben und Kriege führen wollen, müssen den Menschen gute Begründungen dafür liefern, sonst macht keiner mit. Die Christen haben das Christentum mit Feuer und Schwert verbreitet. Die Chinesen erklärten alle Völker außerhalb ihrer Grenzen zu Barbaren. Bin Laden möchte die Herrschaft des Westens durch die Herrschaft des Islam ablösen, auch für ihn sind die Westler minderwertig. Aber

auch im Namen der Vernunft und der Republik, für Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit sind Zehntausende geköpft worden. (...) Religionen und Ersatzreligionen dienen den Herrschenden und auch ihren Widersachern dazu, Leute für ihre Kämpfe zu gewinnen. Das war im "1000-jährigen-Reich" und auch im totalitären Kommunismus so.

Den Islam kennen wir oberflächlich, aber was ist die Religion des Westens? Die Religion des Westens ist unser den Weltfrieden immer wieder gefährdendes Goldenes Kalb der egoistischen grenzenlosen Freiheit, der Selbstvergötterung und Beinahe-Allmacht.

Wir in der BRD müssen erkennen, dass wir mit der Weltmacht USA im selben Boot sitzen, aber nicht als Partner, sondern als gehorsamer Vasall. Die Völker der Welt verachten uns vielfach dafür.

Wir in der BRD müssen auf der Hut sein, wenn man uns Andersgläubige zu Fremden

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **5,05 %** bei
100 % Auszahlung
Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,17 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Initiative gegen Kriege

Treffen: Jeden Mittwoch um
20.00 Uhr im
Willi-Bleicher-Zentrum
(Gewerkschaftshaus Kieler Straße 63)



und Feinden machen will. An unseren Schulen sollte das Fach "Religions- und Weltanschauungskunde" eingeführt werden, damit alle Kinder mit allen Glaubensbekenntnissen und Weltanschauungen bekannt gemacht werden. Dadurch werden diese Schmiermittel für Kriege stumpf!

Jeder Krieg ist auch ein Krieg um und mit Worten. Zum Beispiel das Wort Solidarität. Mit Amerika, so will es der Kanzler, sollen wir solidarisch sein - okay. Mit den Opfern des unglaublichen Anschlags - ja! Solidarität auch mit dem amerikanischen Volk, das für Öl in den Krieg geschickt wird. Vor allem aber sind wir solidarisch mit den Völkern der Welt, die unter unserer Weltordnung leiden, denen wir mit Krieg drohen und sie auch damit überziehen. Mit dieser Solidarität! Nicht aber, wenn Schröder dieses Wort in den Mund nimmt!

Die Chance, dass alle Menschen menschlich leben können, liegt in der Idee des sozialen Humanismus aus dem Erbe des Sozialismus-Kommunismus. Auf diesem Fundament allein ließe sich eine tragfähige Weltordnung bauen." □

Ein Jahr Mütterzentrum

Rückblick auf ein Jahr erfolgreicher Arbeit

"Mütter im Zentrum" betiteltten wir vor im Oktober 2000 in der Gegenwind-Ausgabe Nr. 162 einen Artikel zur Gründung des Mütterzentrums im Stadtteil Bant in der Werftstraße 45. Jetzt, zum einjährigen Bestehen der Einrichtung des SOS Kinderdorf e.V., zogen die Mitarbeiterinnen eine erste Zwischenbilanz.

Das Mütterzentrum ist demnach seinem Anspruch gerecht geworden und kann ohne Zweifel als zentraler kommunikativer Treffpunkt im Stadtteil Bant bezeichnet werden. Nahezu eintausend Besucherinnen und Besucher werden mittlerweile im Cafe MüZe und im Secondhandladen "vom Bambini bis Teeni" pro Monat gezählt. Die Besucherstruktur ist generationsüberreifend, keineswegs schichtspezifisch und der Bevölkerungsverteilung des Stadtteils entsprechend multikulturell. Die ursprünglich auf den Vormittag beschränkten Öffnungszeiten wurden inzwischen kräftig ausgedehnt. Das Cafe MüZe ist täglich außer samstags bis 17.00 Uhr und auch am Sonntagvormittag geöffnet und immer öfter auch zu Veranstaltungen in den Abendstunden. Eine räumliche Erweiterung um eine zusätzliche Wohnung im Haus in der Werftstraße 45 steht unmittelbar bevor. Im Sommer bereits wurde ein Open-air-cafe an das Mütterzentrum angegliedert. Ca. 25 Mitarbeiterinnen, fest angestellt, auf Honorarbasis tätig, aber auch ehrenamtlich engagiert, tragen mittlerweile die Idee Mütterzentrum und halten den Betrieb aufrecht.

Mitarbeit erwünscht

"Mütterzentrum - der Name ist Programm, denn Mütter stehen im Zentrum dieser Einrichtung..." zitierten wir im Oktober 2000 den Anspruch der Mütterzentrumsinitiatoren. Dieser Anspruch, so die Mitarbeiterinnen gegenüber dem Gegenwind, "ist nach wie vor Kernstück der Einrichtungskonzeption". Und es funktioniert: Mütter bringen ihre Kinder mit zur Arbeit und übernehmen stundenweise die verschiedenen Dienste im Cafe und im Secondhandladen. Die Organisation der Arbeit findet auf sogenannten Orga-Teams und Vollversammlungen statt. Hier werden kleine und große Probleme diskutiert, hier ist aber vor allem die Ideenwerkstatt des Mütterzentrums. "Ein Großteil der zukünftigen Angebote wird abhängen von der Mitarbeit der Besu-

cherinnen" hieß es in ersten Erklärungen zu Beginn der Mütterzentrumsarbeit. Mit der Entwicklung der Angebotspalette ist das Mitarbeiterteam mehr als zufrieden. Gesprächskreise, Kursangebote, Vorträge, Autorenlesungen, Basare und Flohmärkte wurden von den Besucherinnen des Zentrums initiiert. Und, auch das ist erfreulich, die Besucherinnen und Mitarbeiterinnen des Mütterzentrums arbeiten zusammen mit anderen sozialen Einrichtungen, Vereinen und Bürgerorganisationen und organisieren größere Projekte. Jüngstes Beispiel ist das multikulturelle Fest, das in diesem Jahr nach einer Pause von 10 Jahren wieder auf dem Banter Markt stattfand (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Mitarbeiterinnen aus dem Mütterzentrum, dem Flüchtlingswohnheim des Diakonischen Werkes und der städtischen Ausländerberatung haben in gemeinsamer Organisation zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen. (ub)

Seit fünf Monaten

steht Martin Linne auf unserer Liste für ein Gegenwind-Gespräch. Wir wollten mit ihm als neuem Geschäftsführer der Wilhelmshavener Projekt GmbH über seine Ideen für Wilhelmshaven sprechen. Diese Möglichkeit gibt es nun nicht mehr: Einvernehmlich trennten sich nach gerade 6 Monaten Probezeit die Wege der Stadt Wilhelmshaven und des hochgelobten Martin Linne. Ist Linne zu forscht aufgetreten, als er eine Windjammer-Parade absagte, weil dafür keinerlei Vorbereitungen gelaufen waren? Kam Linne zu der Erkenntnis, dass mit dieser Projekt-Gesellschaft einiges nicht ganz kosher ist? Oder war es einfach nur der zuständige Stadtrat, der ihm das Arbeiten hier vergaulte? Die Liste der von Stadtrat Dr. Jens Graul zu verantwortenden Misserfolge drängt langsam aber sicher den Verdacht auf, dass wir es hier mit einem Qualifikationsproblem zu tun haben. (hk)

Tag der offenen Moschee

Unter der Schirmherrschaft der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen, Gabriele Erpenbeck, findet 2001 zum zweiten Mal ein Tag der offenen Moschee statt.

Im Rahmen dieser Initiative laden am Samstag, den 08. Dezember 2001, die Ausländerberatung der Stadt Wilhelmshaven, in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde Wilhelmshaven, dem Türkisch-Islamischen Kulturverein und dem Flüchtlingswohnheim des Diakonischen Werkes Wilhelmshaven, zu einem "Tag der offenen Moschee" und zur religiös-kulturellen Begegnung in unserer Stadt ein.

Den Auftakt bildet im wahrsten Sinne die "Offene Moschee" in der Admiral-Klatt-Straße 51 (Ecke Rüderstraße). Der Gebetsraum und die Gemeinderäume sind von 12 - 15 Uhr für die Öffentlichkeit geöffnet und alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen, bei Tee und Gebäck und im Gespräch mit Gemeindegliedern die Moschee und das Leben der Gemeinde kennen zu lernen.

Um 15 Uhr wird Herr Muhammed Salim Abdullah, Direktor des Zentralinstituts Islam Archiv Deutschland in Soest, mit seinem Vortrag „Islam und Muslime in Deutschland“ der Frage nach der Einbürgerung einer ehemals fremden Religion und der Entwicklung eines eigenständigen europäischen Islams nachgehen. Diese Informationsveranstaltung mit anschließender Gelegenheit zum Austausch und zum Gespräch findet im Gemeindehaus der Christus- und Garnisonkirche am Kirchplatz 1 statt.

In der Tradition der Gastfreundschaft besonders im Fastenmonat Ramadan lädt die Moscheegemeinde dann anschließend um 17 Uhr herzlich zu einem kurzen Festessen ein. (Zur besseren Planung dieses Essens bittet sie um kurze telefonische Anmeldung bei Frau Janss, Ausländerberatung, Tel.: 161229, Montag-Freitag 8.30 - 12.30 Uhr.) Die Veranstaltung endet um 18 Uhr. Interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eingeladen, an der Gebetsstunde nach dem Abendessen in der Moschee teilzunehmen.



Die Fatih-Moschee in der Rüderstraße

Foto: Frank Tunnat



Kalauer aus Absurdistan

JadeWeserPort: Wilhelmshavener sollen Aktien kaufen

(jm) Mitte bis Ende Januar nächsten Jahres will die 'JadeWeserPort Entwicklungsgesellschaft' (JWP EG) das Finanzierungskonzept für den JadeWeserPort in trockenen Tüchern haben. Träger der Infrastruktur (Stromkaje mit Zufahrt und Baukörper mit Anschluss der internen Infrastruktur an die externen Verkehrs-, Energie-, Wasserversorgungs- und Kommunikationsnetze) soll die 'JadeWeserPort AG' (JWP AG) werden. Nun geht es darum, Aktionäre für die Finanzierung der auf eine Milliarde Mark geschätzten Baukosten zu finden.

Mehrere dazu geeignet erscheinende Mosaiksteine wurden im Laufe der Jahre von den Wissensträgern aus Gutachterkreisen, Wirtschaft und Politik ins öffentliche Forum geworfen. Einige davon - z.B. der öffentlichen Aufsehen erregende Klotz mit der Privatfinanzierung - wurden wieder aussortiert. Denn es kam ans Licht, dass in Fachkreisen aus Hafenwirtschaft und Verkehrspolitik einvernehmlich gilt, dass die Vorhaltung der Infrastruktur öffentliche Aufgabe (ist), die sich durch schiffseigene Entgelte nicht refinanzieren lässt. (Gemeinsame Plattform für die Seehafenpolitik in Deutschland und der EU).

Erste Rohlinge des Finanzierungspuzzles wurden am 18.02.00 in Hannover bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie vor der aus Wilhelmshaven angereisten Prominenz aus Wirtschaft und Politik vorgestellt:

◆ *Allerdings ist eine vollständige Privatfinanzierung unwahrscheinlich. Realistisch ist dagegen eine Mischfinanzierung der Infrastruktur durch die öffentliche Hand (Bund und Land) unter Beteiligung von Investoren (Refinanzierung durch Mieten und Gebühren) sowie eine Privatfinanzierung der Suprastruktur durch den Betreiber. (...) Das bedeutet für das Land Niedersachsen einen jährlichen fiskalischen Nutzen von bis zu 48 Mio. DM. Hinzu kommen sonstige Einnahmen (Gebühren, Pachten etc.) in Höhe von gut 20 Mio. DM. (Dipl.Ing. Günter Baak, Projektführer des Projektkonsortiums JadePort).*

◆ *Ich will aber darauf hinweisen, dass der Betrieb eines Container-Terminals auf Grund der extremen Wettbewerbs-Situation in der Hamburg-Antwerp-Ränge selbst bei guten Wachstumsraten für keinen Hafen ein sonderlich gutes Geschäft ist. Mit einem gut laufenden Container-Terminal kann man zwar relativ viele Menschen beschäftigen, aber eben keine hohen Gewinne erwirtschaften. (Emanuel Schiffer aus dem Vorstand der Firma Eurogate, die als bisher einziges Unternehmen zwar öffentlich ein Betreiberinteresse für einen JadeWeserPort bekundet hat, aber lediglich in die Suprastruktur bzw. das Umschlaggerät 500 Mio. DM investieren will).*

Eine diesbezüglich noch klarere Absage erteilte der Vorstandsvorsitzende der mit der Eurogate verhandelnden Bremer 'BLG Logistics Group' Detthold Aden: *Ich bin auch der Meinung - egal für welchen Tiefwasserhafen die Entscheidung fällt - ein wichtiges Krite-*

rium wird dann sein, kann man ihn finanzieren!? (...) Das ist möglich. Aber nicht vom Betreiber. Denn wir sind nicht in der Lage, den sogenannten Zinstilgungsdienst für diese Investition direkt wirtschaftlich zu bezahlen. (aus seinem Vortrag vor dem Nautischen Verein Cuxhaven am 22.01.01)

◆ *Vorher ist die Finanzierung zu klären. Ich bin mit der Hafenwirtschaft einig, dass die Privatfinanzierung im Vordergrund stehen muss. Es besteht sicher Klärungsbedarf, wer was finanziert und ob das Land gegebenenfalls durch Zur-Verfügung-Stellen von Flächen und Bürgschaften helfen kann. (Dr. Birgit Grote, Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr)*

Unterdessen hat der Finanzstrategie der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV) Hans-Peter Kramer an den Puzzelsteinen mit Fleiß herumpoliert:

◆ *Die AG (gemeint ist die JWP AG) wird privatrechtlicher Eigentümer des Containerterminals, und sie wird die Anlage als Eigentümer an potenzielle Terminalbetreiber verpachten, vermieten, verleasen oder wie auch immer wirtschaftlich weitergeben. Auch das Selbst-Betreiben muss möglich bleiben müssen, wenn es auch wohl nicht vorrangig in Betracht gezogen wird.*

Daraus ergibt sich - nach unserem Recht zwingend -, dass sich die öffentlichen Hände an der AG durch Kauf von Aktien beteiligen können. Absichtserklärungen liegen vor, und die an der Projektentwicklungsgesellschaft Beteiligten - zumindest Niedersachsen und vor allem Wilhelmshaven (Hervorhebung vom Verfasser) - tun gut daran, Anteile zu erwerben, um die Entwicklung weiter verfolgen und beeinflussen zu können.

Aha! Dadurch, dass die öffentliche Hand Aktien kauft, wandeln sich die Steuergelder in Privatgelder, die die JWP AG in den Bau des JadeWeserPort stecken kann. Auf diese Weise bleibt es bei der 100%igen Privatfinanzierung. Auf einen solch intelligenten Einfall können natürlich nur ausgewiesene Finanzexperten kommen...

Aber wo sollen die finanziell ausgebluteten öffentlichen Kassen den Geldbatzen hernehmen?! Für Herrn Kramer kein Problem. Hat doch Birgit Grote ihm die Steilvorlage dafür geliefert (s.o.), aus den Freiflächen auf dem Voslapper und Rüstersieler Groden ein El Dorado zu machen:

◆ *Das Land Niedersachsen könnte so z.B. ein weitgehend brachliegendes und in soweit nutzloses Industriegelände in eine hoffentlich lukrative Industriebeteiligung umwandeln. Das wäre für die öffentliche Hand ein beachtlicher Mehrgewinn, ohne dass aus dem schwindstüchtigen Landesäckel auch nur eine müde Mark abfließen müsste. Die AG könnte das Gelände beleihen und so zu Geld machen. Auch Wilhelmshaven selbst könnte auf ähnlichem Wege einsteigen.*

Aber wer kauft jetzt schon Grundstücke, die an der Jade im Überfluss vorhanden

sind, durch Bau des JadeWeserPorts noch durch Leerflächen vergrößert und - wenn überhaupt benötigt - frühestens nach Inbetriebnahme des JadeWeserPorts wirtschaftlich genutzt werden könnten?!

Oder anders herum: Wie verwandelt man nutzloses Industriegelände in eine Geldgrube, ohne dass sich durch vorhandene Nachfrage ein angemessener Grundstückspreis durchsetzen ließe? Auch dafür hat Birgit Grote als Vertreterin des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums einen Weg aufgezeigt: Man beleihnt das Gelände und belastet es mit einem virtuellen Betrag, den es in Wirklichkeit gar nicht wert ist. Man spekuliert einfach mit zukünftigen Wertsteigerungen. Denn alles, was in Niedersachsen, Bremen und Wilhelmshaven Rang und Namen hat, gibt sich überzeugt davon, dass die Umschlagfähigkeit im JadeWeserPort jede Menge hafenabhängige Betriebe an die Jade locken würde. Aber übernehmen die Banken als Kreditgeber auch das Risiko? Zwar haben sie Interesse bekundet und lt. Herrn Kramer ... *redet man (in Bankkreisen) offen darüber, dass dieses Projekt eine Fremdfinanzierung in Höhe von 400 - 500 Euro ohne weiteres trägt.*

Aber das Geld ohne Sicherheiten vorzustrecken, fällt den Banken offenbar im Traum nicht ein. Brauchen sie auch nicht, denn ihre Sicherheit sollen sie nach Frau Grote ja von der öffentlichen Hand in Form einer Bürgschaft bekommen. Wenn - und so wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommen - die JWP AG die Zinsen nicht mehr aufbringen kann, kommt der Steuerzahler dafür auf und für die Tilgung der Hypotheken dazu.

Und die Belastungen des Steuerzahlers könnten gigantische Ausmaße annehmen:

So erklärte der JWP-EG Chefplaner Claus Wülfers gegenüber dem Hamburger Abendblatt (HA-Ausgabe v. 9.10.01):

◆ *Noch in diesem Monat soll zudem die Bausumme von 1,4 Milliarden Mark genau nachgerechnet werden. Immerhin sollen Firmen wie die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG, mit dem Hafen- und Binnenschiffsflottenbetreiber Rhenus/Midgard sowie der Eurogate-Gruppe neben den Kosten für Krane, Anlagen und Hallen auch die Hälfte der auf die Container-Terminals bezogenen Infrastruktur bezahlen. Dies dürfte sich auf 150 bis 250 Millionen Mark summieren. Dabei müssen die Zinsen bezahlbar bleiben. Der Hafen ist schließlich nicht allein auf der Welt.*

Das kann doch wohl nur eines bedeuten: Bei gerechter Verteilung des Geschäftsrisikos zwischen privaten und öffentlichen Anteilseignern kann kein Privatinvestor für die Infrastruktur des JadeWeserPorts gefunden werden. Denn die AG würde in diesem Falle, statt Gewinne zu erwirtschaften, jahrelang bzw. bis zum Bankrott Verluste einfahren. Nur falls die öffentliche Hand ca. 80% der Aktienanteile übernehmen, dabei jedoch auf Erträge aus Einnahmen (Gebühren, Pacht, Vermietung usw.) verzichten und darüber hinaus für die Verbindlichkeiten (Zinsen, Tilgung) einstehen würde, bestünde die Aussicht, dass die Aktien für die privaten Anteilseigner noch eine angemessene Rendite abwerfen...

Zurück nach Absurdistan, wo Hans-Peter Kramer abschließend noch einen Kalauer zum Besten gibt: *Für die Wilhelmshavener Bevölkerung ist genau dies (gemeint ist der Aktienkauf) z.B. eine hervorragende Möglichkeit, sich selbst in die Entwicklung des Wirtschaftsraumes einzubringen und mit Bündelung der Stimmen selbst Einfluss auszuüben.* □



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Leserbriefe

Leserbrief zu den Artikeln "Wessen Welt..." und "Das Wasser ist viel zu tief" im Gegenwind 174

Sehr geehrte Damen und Herren, habe heute zufällig Ihre Ausgabe vom November 2001 in die Hände bekommen und sie mit Interesse gelesen. Insbesondere Ihr Artikel und Ihre "Analyse" zum Militäreinsatz in Afghanistan haben es mir angetan. Ich verneine mir eine längere Widerrede, weil es nicht lohnt. Nur soviel: wie ideologisch verböhrt und verbogen muss man eigentlich sein, um einen solchen vor billigem Antiamerikanismus tiefenden Artikel zu schreiben? Diskutieren Sie nur schön weiter, planen Sie Ihre Protestaktionen, verrichten Sie Ihre Friedensarbeit und sonnen Sie sich öffentlich in ihrer vermeintlich höheren Moralität: die für alle Kriege, Missstände und Übel in der Welt verantwortlich gemachten Amerikaner werden - legitimiert durch die Völkergemeinschaft - die militärische Drecksarbeit - als notwendigen robusten Teil einer umfassenden Strategie gegen den weltweiten Terrorismus - schon für uns verrichten und hoffentlich mit ihrer Vorwärtsverteidigung sicherstellen, dass Sie auch in Zukunft Ihren Protest auf die Straße bringen und Ihr verzerrtes Weltbild (und Feindbild USA) pflegen können.

Ihr Beitrag zum Thema JadeWeserPort („Das Wasser ist viel zu tief“) findet im übrigen meine uneingeschränkte Unterstützung. Zu diesem Thema empfehle ich Ihnen, der WALLI und Herrn Tammen-Henke und seinen Gewerkschaftskollegen mein überall im Buchhandel erhältliches Buch "Mit dem JadeWeserPort die Zukunft gewinnen" (das im übrigen von der WZ hartnäckig ignoriert wird). Die unter „Leserbriefe“ geführte Diskussion um die mit diesem Projekt insgesamt verbundenen Arbeitsplätze halte ich für wirklich kleinkariert. Lesen Sie u.a. dazu meinen Report vom 29.03.00 auf Seite 77 meines Buches.

Mit freundlichen Grüßen

H.-Dieter Simonsen, Lebensborner Weg 2,
26419 Schortens. Tel.: 04461/82543

Sykes wählt Betriebsrat!

Mit einer fröhlichen Party feierten Beschäftigte der Sykes Enterprises Wilhelmshaven GmbH & Co. KG im Bonny's Diner ihre Betriebsratswahl. Grund zum Feiern gab es genug: In einem Unternehmen der Sykes Enterprises Incorporated ist ein Betriebsrat alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil - seit Bestehen der Firma im TCN in Roffhausen sind schon zwei Anläufe, einen Betriebsrat zu etablieren, gescheitert, und auch im dritten Anlauf waren Hindernisse zu überwinden. Die Unterstützung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di war notwendig, um verdeckten und offenen Einschüchterungen entgegenzutreten zu können.

Auf einer von ver.di einberufenen Betriebsversammlung am 7. Juni wurde ein Wahlvorstand gewählt. Nach der konstituierenden Sitzung eine gute Woche später nahm er seine Arbeit auf. Er traf sich in der Folgezeit mit der Geschäftsführung nicht nur im Betrieb, sondern auch beim Arbeitsgericht in Wilhelmshaven. Diese Auseinandersetzungen sorgten auch für eine sechswöchige Verzögerung. Erst am 31. Oktober statt wie ursprünglich vorgesehen am 17. September konnte die Wahl stattfinden. Besonders stolz ist man über die Wahlbeteiligung. Mit



64,3 Prozent lag sie deutlich höher als z.B. die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in Wilhelmshaven - und da war es nicht gefährlich, zur Wahl aufzurufen.

Unser Bild zeigt den ersten Betriebsrat von Sykes Enterprises Wilhelmshaven GmbH & Co. KG: Ute

Eilert, Ute Popken, Petra Oeltermann, Stephanie Labohm, Iris Schüttler, Gerd Adamczyk, Rainer Griebel, Björn Michalski, Christian Schäfer, Matthias Wilms und Uwe van Staa (von denen manche verdeckt sind). (noa) Foto: Frank Tunnat

WHV POSITIV.DE Das Programm

Die Versteigerung

01.12.2001, 14.00- 17.00 Uhr, Kinopolis

Für alle Filmfans ist die amerikanische Versteigerung zugunsten der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V. eine einmalige Gelegenheit Filmplakate, Aufsteller und weitere begehrte Sammlerstücke aus dem Dekorationsfundus des Kinopolis und des Apollo-Kinos zu erwerben.

Die Party

01.12.2001, 21.00 Uhr, Pumpwerk

Black Musik, House, Disko und Rock. Die unterschiedlichen Dj-Sets versprechen allen tanzwütigen Gästen eine unvergessliche Partynacht. Interessierte können sich vor Ort über das Thema HIV und AIDS informieren.

Der Gottesdienst

02.12.2001, 10.00 Uhr,

Christus- und Garrisonkirche

Der Adventsgottesdienst zum Welt-AIDS-Tag.

Die Filmvorführungen

05.12.-21.12.2001, Apollo im Kinopolis

Auf Anfrage von Schulklassen und Jugendgruppen zeigt das Apollo im Kinopolis kostenlos den preisgekrönten Film "Mississippi - Fluss der Hoffnung".

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 04421/16 16 83



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Bücher-Oase

Ständig über 10.000
antiquarische und
neuwertige Bücher
aller Art

Die Adresse für günstige
Second - Hand - Bücher
in Wilhelmshaven

Grenzstraße 15
(Fußgängerzone)
26382 Wilhelmshaven

Tel.: 0 44 21 / 20 26 80
Fax: 0 44 21 / 20 26 81



Riesenauswahl an Silberketten

Italienische Flachketten

★ Schlangenketten

Y-Ketten

Silberketten mit Anhängern

★ u.v.m. ★

Durchgehend geöffnet
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00 ★
www.susannesohrring.de



Der nächste Gegenwind erscheint am 30. Januar 2002

***Wir wünschen unseren
Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
und ein gutes Neues Jahr.***



Der Affe - ein typischer Nordsee-Taucher

Dem Seewasseraquarium droht kommerzielle Verbildung

Seit Jahr und Tag beklagen Bürger und Fachleute die traurig-beengte Unterbringung der Seehunde im Wilhelmshavener Seewasseraquarium am Südstrand. Endlich sollen die Seehunde nun, im Zuge der Erweiterung und Umgestaltung dieser Einrichtung, etwas mehr Bewegungsmöglichkeit bekommen, wenngleich immer noch wenig im Verhältnis zu den angemessenen kilometerweiten Lebensräumen in der freien Natur.

Doch Wilhelmshaven wäre wohl nicht Wilhelmshaven, zeugte dieser Fortschritt nicht zugleich wieder eine neue Missgeburt, die tierschützerische und naturkundlich-didaktische Wertsteigerung postwendend durch albern-platten Kommerz im Dienste zahlender Gaffer zu entwerten trachtet. Statt Nordseetiere in artgerechter Umgebung zu präsentieren, will man hinfür in diesem Nordseeaquarium auch die am Südpol beheimateten Pinguine sowie Kaimane und Affen dort einsperren - so die Pläne der neuen Betreibergesellschaft, der Bullermeck GmbH. Nur mit derlei Show-Effekten lasse sich eine solche Einrichtung gewinnbringend vermarkten, meinen die Betreiber. Und da Markt und Rummel-Show heutzutage als Letzte Offenbarung gelten, scheinen weiterreichenden Argumenten nur geringe Chancen beschieden.

Brief an die Bezirksregierung

Gegen die Pläne der Bullermeck GmbH gab es schon Demonstrationen von Bürgern. Eine schriftliche Eingabe an die Bullermeck GmbH blieb ohne Antwort. Deshalb wandten sich die Einwanderer jetzt schriftlich an die Bezirksregierung Weser-Ems. Das Schreiben trägt folgenden Wortlaut:

„In Ihre Zuständigkeit fällt die Genehmigung der Neugestaltung des Seewasseraquariums Wilhelmshaven durch die Bullermeck GmbH. Deswegen wenden wir uns an Sie. Wir, das sind Wilhelmshavener Bür-



gerinnen und Bürger und die Tierrechtsbewegung Schortens, haben nichts gegen ein gut konzipiertes Nordseeaquarium, wohl aber etwas gegen Pinguine, Kaimane, Affen und Haie darin. Diese Tiere haben mit der Nordsee doch gar nichts zu tun; sie werden in dieses neue Fun- und Erlebniszentrum eingesperrt, damit möglichst viele Besucher kommen.

Wir meinen, dass ein gut konzipiertes Nordsee-Aquarium, das sich auf Flora und



Fauna der Nordsee beschränkt, ein Publikums-magnet sein kann. Es gibt bereits gute Naturkundemuseen wie in Tondern oder am Schalsee, um nur zwei zu nennen, die sich über mangelndes Interesse des Publikums nicht beklagen, ganz im Gegenteil.

Wir haben inzwischen zwei Demonstrationen am Südstrand durchgeführt. Die überwiegende Mehrzahl der Strandbesucher zeigte sich sehr befremdet über die Bullermeck-Pläne. Da Entscheidungen in dieser Stadt niemals zurückgenommen werden auf Grund neuerwerbener Einsicht, sondern durchgekämpft werden, bis es Sieger und Besiegte gibt, wenden wir uns jetzt an Sie. Bitte helfen Sie mit, dass es zu einer allseits akzeptierten Lösung für unser Aquarium kommt.“

Diesen Artikel entnahmen wir den Wilhelmshavener BUND-Blättern (Rundbrief für Mitglieder und Freunde des BUND) Ausgabe 2/2001.



Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname.....Name:.....Straße:.....

PLZ/Wohnort:.....Geburtsdatum:.....Telefon:.....

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von Euro (mind. 4 Euro)

im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:.....

Bank:.....Bankleitzahl:

zu Gunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort:.....Datum:Unterschrift:.....



Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen

Absenden an: GEGENWIND, Weserstr. 33, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an: gegenwind.whv@t-online.de